

# Der Wert von Klimaklagen jenseits ihrer Symbolik

---

Gastautor

2019-12-06T14:00:21

*[Reihe: Umweltrecht am Freitag](#)*



LENNART WEGENER

von

In der Diskussion um Nutzen, Wirksamkeit und Legitimität von sogenannten Klimaklagen kann es mitunter schwer fallen ein realistisches Bild des Phänomens, irgendwo zwischen der Aussicht auf „[Weltrettung per Gerichtsbeschluss](#)“ oder „[unsexy](#)“, zu gewinnen. Während die [Abweisung der Klimaklage gegen die Bundesregierung auf Einhaltung des Klimaziels 2020 vor dem VG Berlin im vergangenen Monat](#) einen eher ernüchternden Eindruck vermittelt, zeigen sich im Gesamtbild der facettenreichen Erscheinung wertvolle Beiträge für den Klimaschutz und zum Anteil des Rechts an der Antwort auf den Klimawandel.

Um dem eigentlichen Wert von Klimaklagen auf die Spur zu kommen, sollte zunächst die Unschärfe des Begriffs zur Kenntnis genommen werden. Die Prominenz bestimmter Fälle – wie dem [Urgenda Fall](#), in dem die Regierung der Niederlande zu einer Anhebung ihrer Reduktionsziele um mindestens 5% verurteilt wurde – sollte nicht den Blick auf ein breites Feld von mehr und weniger aufsehenerregenden Verfahren verstellen. Zu den Klimaklagen könnten je nach Verständnis entweder die etwas mehr als [1300](#) Fälle weltweit mit irgendeinem Bezug zum Klimawandel gezählt werden oder eine etwas geringere Zahl an eigentlich [klimawandelspezifischen Klageverfahren](#). Eine Ent- oder Eingrenzung folgt der Motivation: Aktivistisch gesehen könnten Klimaklagen alle Verfahren sein, die potenziell positive Effekte auf den Klimaschutz haben; wissenschaftlicher gesehen sind Klimaklagen die besonderen Fallgestaltungen, deren prozessuale oder materiellrechtliche Kernfragen den Klimawandel betreffen bzw. in denen der Klimawandel als Bedingung für Entstehung und Ausgang des Rechtsstreits nicht hinweggedacht werden kann. Die letztere Kategorie, in die sich exemplarisch auch die [kürzlich abgewiesene Klage gegen die Bundesregierung](#) einordnet,

ist das eigentlich „neue“ Phänomen auf dem Terrain der Umweltklagen. Die Bandbreite der in diese Kategorie fallenden gerichtlichen Verfahren ist beachtlich und betrifft die gerichtliche Überprüfung [der Versagung einer Genehmigung zum Bau eines Kohlebergwerks in Australien](#), [der Untätigkeit angesichts der Abholzung des kolumbianischen Regenwaldes](#), [des Genehmigungsverfahrens für Kohlekraftwerke in Südafrika](#), [der Genehmigung einer Ausweitung von Ölbohrungen in der Barentssee](#), [der Setzung](#) oder [Abweichung von nationalen Emissionsreduktionszielen](#), [der grenzüberschreitenden Folgen der gigantischen CO2-Emissionen großer Konzerne](#) und einiges mehr.

## **Antwort auf globale Zielmarkierung und Primat nationaler Klimapolitik**

Mit dem 2015 beschlossenen Pariser Abkommen haben sich die Staaten einerseits auf eine alleinültige Zielmarkierung für Klimaschutzpolitik festgelegt. Die Begrenzung einer Erderwärmung auf 1,5°C bis „deutlich unter“ 2°C darf nicht verfehlt werden (Art. 2 (1) a) PA) – soweit der in Rechtsform gegossene politische Konsens. Andererseits bedeutet das Pariser Abkommen eine Abkehr von der Idee der internationalen Verhandlung konkreter Emissionsreduktionsziele eines einzelnen Staates. Gemessen am Ehrgeiz gegenwärtiger nationaler Anstrengungen [wird die globale Zielmarkierung deutlich verfehlt](#) werden. Damit gewinnt die Frage an Gewicht und Dringlichkeit, wie und wo die Ausrichtung der nationalen Ziel- und Umsetzung an der globalen Zielmarkierung am besten beaufsichtigt und gegebenenfalls überprüft werden kann. Auf internationaler Ebene sollen prozedurale Pflichten – z.B. nachzuweisen, dass nationale Maßnahmen auf das globale Ziel angelegt sind – und ein „Mechanismus zur Erleichterung der Durchführung und zur Förderung der Einhaltung“ mit sehr begrenzten Befugnissen Transparenz in politischen Druck umwandeln.

Außerhalb des Vertragsregimes liegt das größte Interesse an einer Einhaltung des Ziels sicherlich bei zivilgesellschaftlichen Akteuren, die begünstigt durch die klare Zielvorgabe und die Transparenz des staatlichen Handelns stärker mobilisiert werden. Die Vernetzung dieser Akteure über Staatsengrenzen hinweg ist ein wesentliches Element für die globale Bedeutung von lokalen Klimaklagen. Nur so sind ein Verfahren [gegen RWE in Deutschland für Klimawandelfolgen in Peru](#), eine [Untersuchung der Menschenrechtsimplikationen der Tätigkeit weltweit agierender Konzerne auf den Philippinen](#) oder die [gemeinsame Klage von Individuen und Gruppen aus verschiedenen Erdteilen vor dem EuG/EuGH](#) überhaupt denkbar. Doch welchen Beitrag – unmittelbarer oder mittelbarer Art – können solche nationalen Verfahren mit transnationalem Charakter wirklich leisten?

## **Folgenberücksichtigung, menschenrechtliche Begrenzung des Gestaltungsspielraums, verbindliche Klärung des Sachverhalts**

Aufgrund ihrer unmittelbaren Rechtskraft sind gerichtliche Überprüfungen, in denen letztlich der Argumentation der KlägerInnen gefolgt wird, besonders geeignet, um eine Annäherung an die Zielmarkierung des Pariser Abkommens zu erreichen. Gerichtsbeschlüsse, die den Staat beispielsweise zur Berücksichtigung

von [negativen Auswirkungen auf die Erreichung der Klimaschutzziele bei Genehmigungsverfahren zu bestimmten Infrastrukturprojekten](#) verpflichtet, sind dabei ebenso bedeutsam wie solche, die den Staat unmittelbar zur Anhebung der nationalen Reduktionsziele verpflichten. Während für letztere Fallgruppe bislang praktisch nur auf den [Urgenda-Fall](#) verwiesen werden kann, ist das Argument der Berücksichtigung von negativen Auswirkungen staatlichen Handelns auf die Erreichung der Pariser Zielmarkierung aufgrund des weniger starken Eingriffs in die Gestaltungsspielräume der anderen Gewalten aussichtsreicher (vgl. auch [hier](#), [hier](#), und [hier](#)). Neben der Überprüfung der Annäherung an das internationale Kollektivziel erscheint die Rechtskraft von Urteilen insbesondere auch dort als geeignetes Mittel, um der Politik Grenzen setzen, wo die konkrete Nutzung von Gestaltungsspielräumen grundrechtliche Positionen gefährdet. [In Klimaklagen wird zunehmend](#) auf eine Schutzpflicht des Staates Bezug genommen, die möglicherweise aus den [jüngst auf UN-Ebene noch einmal betonten](#) menschen- bzw. grundrechtlichen Implikationen des Klimawandels erwächst. Vor dem Hintergrund dieser Implikationen hat das [höchste kolumbianische Gericht](#) die Rüge der Untätigkeit der Staatsorgane auf allen Ebenen angesichts der fortschreitenden Abholzung des Amazonasregenwaldes für zulässig und begründet erklärt.

Auch in – aus Sicht der KlägerInnen – letztlich nicht „erfolgreichen“ Klageverfahren können bestimmte Feststellungen im Hinblick auf Vorgaben für die Exekutive getroffen werden, wie zum Beispiel, dass [Klimaschutzziele etwa in der Folge neuer, bedeutender wissenschaftlicher Erkenntnisse überprüft werden müssen](#). Unabhängig von der Sachentscheidung des Gerichts ist auch der Wert einer neutralen Anhörung von Sachverständigen und die damit ermöglichte verbindliche Aufklärung eines Sachverhalts. Mit Spannung kann man daher unter anderem die weitere Aufklärung von Kausalitätszusammenhängen im [RWE-Verfahren](#) erwarten.

## **Impulse für die Anpassung des Rechts an Herausforderungen des Anthropozäns**

Mit dem Blick auf diese eher unmittelbaren Funktionen von Klimaklagen kann mitunter eine weitere übersehen werden. Sie decken nämlich auf, ob das (prozessuale und materielle) Recht den Anforderungen einer Überprüfung von Fragen des Klimawandels gewachsen ist. In dieser Hinsicht gewinnen auch abweisende Beschlüsse über eine mögliche Mobilisierung der Zivilgesellschaft hinaus Bedeutung. Der [abweisende Beschluss des EuG](#) zur umfangreichen EU-Klimaklage hat sicherlich erheblich dazu beigetragen, dass über die Eignung der „Plaumann-Formel“ als Schwelle der Klagebefugnis angesichts existenzieller individualrechtlicher Implikationen des Klimawandels diskutiert wird. Viele der gegenwärtigen Verfahren zeigen, dass die konkrete Anwendung des bestehenden Rechts angesichts der komplexen, globalen und intergenerationellen Effekte von Treibhausgasemissionen [Fragen der Erforderlichkeit und Möglichkeit einer Neujustierung des Rechts zumindest aufwirft](#). Neben der Identifikation von „Problempunkten“ können die Prozessbeteiligten durch innovative Ansätze das Recht selbst prägen. Die ausführliche Auseinandersetzung des australischen Richters mit Urteilen aus den USA und den Niederlanden im [Fall Gloucester Resources Limited](#), die kein Einzelfall ist, zeigt nicht nur die mögliche Reichweite

nationaler Klimaklagen, sondern auch, dass Gerichte in diesem relativ neuen Feld darauf bedacht sind voneinander zu lernen und zugleich für den lokalen Kontext angemessene Antworten zu finden.

**Zitiervorschlag:** Lennart Wegener, Der Wert von Klimaklagen jenseits ihrer Symbolik – Umweltrecht am Freitag, JuWissBlog Nr. 114/2019 v. 6.12.2019, <https://www.juwiss.de/114-2019/>.



*Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).*

---

